

Ein quälender Prozess

Es könnte sein, dass das Publikum, ob durch Mitgliedschaft an die SPD gebunden oder nicht, langsam und allmählich den Spaß an der Berichterstattung über den internen Wahlkampf der Partei verliert. Zu lange dauert das Verfahren, zu quälend der Prozess.

Kürzlich traf ich Heinz Buschkowsky auf den Stufen zum Rathaus Schöneberg. Über diesen stand 1963 ein Podest, auf dem der Mann eine Rede hielt, der vor allem durch den Satz: „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst“, berühmt geworden ist. Buschkowsky ist kein Freund des jetzigen Mitgliederverfahrens. Wozu gibt es gewählte Gremien, die darüber zu entscheiden haben? Der Mann hat mal wieder Recht. Spätestens aber, als sich gleich zwei Funktionäre berufen fühlten, Klaus Wowereit nachfolgen zu wollen, war der Mitgliederentscheid unausweichlich. Für Stöß und Saleh gab es nur um die Frage, was die Partei für sie tun könnte.

In anderen Bundesländern, Rheinland Pfalz oder Brandenburg, regelte man die Nachfolgefrage anders. So wie es sich gehört. Ich kann inzwischen nach reiflicher Überlegung Klaus Wowereit den Vorwurf nicht ersparen, dass er – und kein anderer – seine Nachfolge hätte regeln müssen. In der Pressekonferenz am 26. August, in der er für alle überraschend seinen Rücktritt ankündigte, hätte er sagen müssen: „Ich schlage als meinen Nachfolger Michael Müller vor.“ Warum? Weil er der einzige aus der zur Verfügung stehenden Riege ist, der dieses Amt übernehmen kann. Nur er hat die Erfahrung und das Standing. In zehn Jahren können wir über Raed Saleh oder Jan Stöß reden, aber bitte nicht vorher.

Nun befindet sich die SPD in keiner komfortablen Situation. Innerparteiliche Demokratiespielchen kommen beim Volk wenig an. Man will klare Konzepte und keine Castingshows. Es ist so, wie es ist, und wir alle, ob SPD-Mitglied oder nicht, müssen das Thema ertragen.

Eines ist schon jetzt sicher, weder Stöß noch Saleh halten sich an die großmäuligen Versprechen eines fairen und anständigen Wahlkampfes. Anstatt klar zu sagen, es gibt vier Mitgliederforen und damit hat es sich, fühlen sich plötzlich alle möglichen Parteigliederung, ja sogar einzelne Parteimitglieder berufen, die Kandidaten zu einem Schaulaufen aufzufordern. Nun kommen noch die Tageszeitungen um die Ecke, die für ihre Leser auch noch eine Kandidatenvorstellung veranstalten wollen. Was soll dieser Quatsch?

Stöß, zurzeit im Urlaub befindlicher Verwaltungsrichter, und Saleh, der als Fraktionsvorsitzender nicht viel zu tun zu haben scheint, nehmen jede Terminanfrage an. Irgendein Parteimitglied aus Treptow will nun auch eine Veranstaltung mit den Kandidaten durchführen. Der Genosse verkündet stolz, dass Stöß und Saleh schon zugesagt haben, bloß noch nicht Müller. In Facebook wird das natürlich sofort kommuniziert und kritisch nachgefragt, warum Müller noch nicht zugesagt hat. Mal eine Frage unter uns: wie dämlich sind eigentlich solche Leute? Wissen Sie nicht, dass Michael Müller in seiner Eigenschaft als Bürgermeister Berlins, somit Stellvertreter von

Klaus Wowereit, eine Reihe repräsentativer Termine für die Stadt wahrzunehmen hat? Und kann sich vielleicht ein einfaches Parteimitglied in etwa vorstellen, wie der Terminkalender eines Senators aussieht, der für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr zuständig ist?

Müllers Terminkalender ist, wie der von Klaus Wowereit, Frank Henkel und vielen anderen Senatoren seit Monaten übertoll und doppelt und dreifach ausgebucht. Soll sich Müller wie Stöß von seinem Amt für die Zeit des innerparteilichen Wahlkampfes beurlauben lassen? Da möchte ich mal sehen, was in der Presse und in der Stadt los wäre.

Was ich Stöß und Saleh vorwerfe, ist, dass sie nicht bereit sind, einen fairen und anständigen Wahlkampf mitzumachen. Man könnte ja beispielsweise jede Terminanfrage gemeinsam besprechen und stets nur gemeinsam zu- oder absagen. Aber nein: bei jeder Anfrage sagen die beiden Hobbypolitiker mit einem unbegrenzten Zeitbudget sofort zu und Müller gerät ins Hintertreffen.

Nachfolgend gebe ich Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, Auszüge aus einer Pressemitteilung aus der Verwaltung von Michael Müller zur Kenntnis. Danach stelle ich Ihnen eine ganz einfache Frage.

15.09.2014: „Der Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt Michael Müller reist vom 15. bis 16. September nach New York, um als Vertreter des globalen METROPOLIS-Netzwerkes bedeutender Metropolen und Metropolregionen am Auftakt zur Vorbereitung des 2016 stattfindenden Weltsiedlungsgipfels Habitat III teilzunehmen. In New York besteht ein großes Interesse daran, die Erfahrungen Berlins und anderer Metropolen

von Beginn an in die Vorbereitung von Habitat III einzubeziehen. Bürgermeister Müller zu seiner Aufgabe in New York: „Ich freue mich, als Vizepräsident von METROPOLIS und Bürgermeister von Berlin zum Auftakt und der weiteren Habitat-Vorbereitung eingeladen zu sein. Bei der Vorbereitung, die ja ganz wesentlich von den nationalen Vertretungen der Mitgliedstaaten gestaltet wird, ist es wichtig, die Stimme und Erfahrung von Städten einzubringen, damit keine Agenda für die kommenden Jahrzehnte entwickelt wird, die an der Realität in unseren Städten vorbeigeht. Und gerade in der frühen Vorbereitungsphase, wenn Aufgaben und Ziele abgesteckt werden, ist die Möglichkeit und Bedeutung, Erfahrungen einzubringen und Impulse zu geben, besonders groß.“



Foto: Botschafter Harald Braun empfängt Bürgermeister und Senator Michael Müller in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York.

Auszug Artikel Berliner Zeitung vom 16.09.2014:

Die UN-Städtekonferenz könnte 2016 in Berlin stattfinden. Stadtentwicklungssenator Müller flog am Dienstag nach New York, um im Haus der Vereinten Nationen eine Rede zu halten. Es geht um die Rolle der Millionenstädte bei den United Nations.

...es gibt einen auswärtigen Termin, den der 49-Jährige partout nicht verschieben wollte, weil er zu bedeutend ist...Es geht um die Rolle der Millionenstädte bei den United Nations. Und darum, Berlin als mögliche Gastgeberstadt einer großen UN-Konferenz ins Spiel zu bringen.

Müller reist dabei als Vertreter des „Metropolis“-Netzwerks nach New York. Darin sind derzeit 136 Städte und Metropolregionen aus aller Welt organisiert, die mehr als eine Million Einwohner haben. Müller ist einer von zehn Vizevorsitzenden der Organisation, die ihren Sitz in Barcelona hat. Müllers UN-Termin brauchte monatelange Vorbereitungen, heißt es in seiner Verwaltung. Dass es überhaupt geklappt hat, sei schon ein Erfolg. Er spricht auf einem Vorbereitungstreffen für die UN-Konferenz „Habitat III“, die 2016 stattfinden soll. Thema dieses „Weltsiedlungstreffens“ mit mehr als 20.000 Teilnehmern...wird die nachhaltige, also ressourcenschonende und an menschliche Bedürfnisse angepasste Entwicklung von Städten sein – und wie man sie politisch steuert. Denn inzwischen lebt mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten, bis 2050 werden es gut zwei Drittel sein.

Die UN haben daher ein eigenes Siedlungsgremium gebildet, die UN-Habitat (von lateinisch „habitare“, was „wohnen“ bedeutet) mit Sitz in Nai-

robi, das sich dieser Thematik widmet. Das Problem: Weil die UN eine Organisation von Nationalstaaten sind, gibt es dort bisher keine internationale Interessenvertretung der Städte – wie in Deutschland etwa der Städtetag oder in Europa der Ausschuss der Regionen. Metropolis und andere Städteverbände wollen dies ändern – und Müller wurde beauftragt, den Vorschlag jetzt vorzubringen. Seine (auf Englisch gehaltene) Rede wirbt daher bei den UN-Habitat-Vertretern darum, wie „die Stimme lokaler und regionaler Behörden besser in internationale Beratungen zu integrieren“ sei. Erwünschter Nebeneffekt des Besuchs: Werbung für Berlin als Veranstaltungsort von Habitat III im Sommer 2016 – eröffnet vom Regierenden Bürgermeister.

Nun die Frage. Was meinen Sie, machen Jan Stöß und Raed Saleh, während Michael Müller in New York dafür wirbt, dass 2016 eine Veranstaltung mit 20.000 Teilnehmern in Berlin stattfinden soll? Genau: Wahlkampf. Sie nahmen am 16. September an einer Veranstaltung der SPD Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im DGB-Haus teil. Und so wird es weitergehen. Müller hat keine Chance, gegen die Terminmöglichkeiten von Stöß und Saleh.

Auf den Punkt gebracht: Das Verhalten von Stöß und Saleh ist höchst unanständig.

Ed Koch